

## Brief aus Westdeutschland: **KEINE ILLUSIONEN ÜBER DEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS !**

Redaktionelle Vorbemerkung: Die vorliegende Arbeit, die wir einer Gruppe langjähriger Leser und Freunde unserer "Roten Fahne" in der BRD verdanken, stellt einen Versuch dar, einen Beitrag zur Analyse des westdeutschen Imperialismus zu leisten. Eine solche Analyse ist nicht nur für die westdeutschen Marxisten-Leninisten von erstrangiger Bedeutung, um den Weg der sozialen Revolution zu beleuchten, sondern sie ist auch für die fortschrittlichen Kräfte Österreichs eminent wichtig als jenes Landes, dessen nationale Unabhängigkeit vom deutschen Imperialismus seit jeher am ersten und unmittelbarsten bedroht war.

Die Entwicklung in der BRD findet in Österreich aus diesen und anderen Gründen an und für sich besonderes Interesse. Die trotz ihrer Zersplitterung immer imponierender in Erscheinung tretende junge marxistisch-leninistische Bewegung in der BRD, die jüngsten großartigen Klassenkämpfe des westdeutschen Proletariats, aber auch die immer mehr faschistische Züge aufweisenden und notstandsähnliche Formen annehmenden staatlichen Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung und die zum Kampf antretende Arbeiterschaft Westdeutschlands, haben dieses Interesse noch weiter gesteigert und nicht nur tiefe Gefühle der Solidarität mit unseren kämpfenden westdeutschen Klassenbrüdern mobilisiert, son-

dern auch den Wunsch wachgerufen, mehr Informationen über die Probleme des Klassenkampfes in der BRD zu erhalten und aus dem Beispiel der dortigen, schon weit höher entwickelten sozialen Bewegung auch für unsere Praxis zu lernen.

Wir sind der Meinung, daß der vorliegende Artikel dabei eine Hilfe sein kann.



Der deutsche Imperialismus hat zwei Weltkriege angezettelt und dabei große Gebiete verloren. Er hat sich damit nicht abgefunden und wird das auch niemals tun. Das Wort vom westdeutschen Revanchismus hat daher nichts von seiner Aktualität verloren. Die westdeutschen Revanchisten haben das Potsdamer Abkommen nie anerkannt. Sie werden die Ergebnisse des 2. Weltkriegs nie anerkennen. Das ist so, weil die Kapitalistenklasse in Westdeutschland nicht gestürzt worden ist und weil die Abs, die Thyssen usw. damals wie heute die Politik des Landes bestimmen - auch wenn sie ihrer Diktatur das Mäntelchen der "parlamentarischen Demokratie" umgehängt haben.

Seit der Gründung der BRD wurde der Geist der Revanche und der allseitigen Expansion zur offiziellen Politik, die Einverleibung der DDR zum Ziel Nr. 1 des westdeutschen Imperialismus. Basis dieser Politik ist der traditionelle deutsche Militarismus und die Remilitarisierung.

Nach der Niederlage im 2. Weltkrieg wurde der westdeutsche Imperialismus vom US-Imperialismus ökonomisch und militärisch wieder hochgepäppelt und zu seinem Hauptpartner in der NATO gemacht. Das ermöglichte eine gewaltige Entwicklung der Industrie und die zunehmende Militarisierung, welche die Bun-

deswehr inzwischen zur modernsten und schlagkräftigsten Armee Westeuropas gemacht hat und die zum Beispiel schon heute über mehr Panzer verfügt als seinerzeit die Hitler-Wehrmacht. Die rasche Entwicklung der Industrie und die forcierte Militarisierung erfordern aber auch große Energie- und Rohstoffquellen, die in der BRD knapp sind. Der westdeutsche Imperialismus kann ohne Expansion nicht leben. Daher wendet er seine begehrlichen Blicke gegen die osteuropäischen Länder, deshalb versucht er zunehmend sein Diktat über die westeuropäischen Länder zu errichten, deshalb verwandelt er Österreich zielstrebig in seine Halbkolonie, deshalb verstärkt er seine neokolonialistische Infiltration im afroasiatischen und lateinamerikanischen Raum.

Diese Anstrengungen nehmen in jüngster Zeit weiter zu und müssen zwangsläufig zunehmen. Die Gründe dafür sind: Die stark exportorientierte westdeutsche Industrie - 5 Millionen Beschäftigte, das heißt ein Sechstel aller Beschäftigten, arbeiten für den Export - stößt mit ihrer friedlichen Expansion immer heftiger an die Grenzen der imperialistischen Konkurrenz. Die Widersprüche zu den anderen Imperialisten, insbesondere zum US-Kapital, verschärfen sich zunehmend und die Schwierigkeiten infolge Währungskrise, Inflation, Handelsbeschränkungen und neuen Zollschränken werden immer größer. Auch der westdeutsche Imperialismus bleibt nicht von der tiefen allgemeinen - wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen - Krise des Weltimperialismus verschont, der immer schwerere Schläge durch den Befreiungskampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, durch den Vormarsch Volkschinas und Albaniens und durch die Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten Werktätigen in den kapitalistischen Ländern erhält.

Wie schon immer versucht die westdeutsche Bourgeoisie ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zunächst auf die eigene Arbeiterklasse abzuwälzen. Sie ist nicht nur gezwungen, neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten jenseits der Grenzen zu erschließen, sondern auch die Profite im Inneren zu steigern, also die Ausbeutung zu verschärfen. Aber spätestens seit dem Jahre 1969, mit den "wilden" Streiks der Metallarbeiter und den großen Bauerndemonstrationen, mit der Hinwendung der Jugend- und Studentenbewegung zur Arbeiterklasse und mit der Entstehung einer marxistisch-leninistischen Bewegung wächst der Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zusehends. Erst recht haben die großartigen Streikkämpfe der Arbeiter von Opel-Bochum und Ford-Köln gezeigt: Die BRD ist kein "Gebiet des ewigen Klassenfriedens" mehr!

Die weitere Expansion nach außen erfordert einerseits relative Ruhe an der Heimatfront, andererseits politische Anerkennung in der internationalen Arena. Beides wieder erfordert möglichst Verschleierung der aggressiven, kriegerischen Pläne des westdeutschen Imperialismus. Deshalb tritt 1969 die SPD/DFP-Regierung auf den Plan. Der Alt-Nazi Kiesinger wird von dem "Antifaschisten" und "Friedenskämpfer" Willy Brandt abgelöst. Dieser eignet sich besser dazu, Kontakte zur neuen Bourgeoisie der Sowjetunion zu knüpfen. Gemeinsam mit Breschnew wird die "neue Ostpolitik"



IN DER INNENPOLITIK ZEIGT DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS DEUTLICHER SEIN GESICHT - NACH AUSSEN IST ER NOCH VORSICHTIGER

entfaltet und ein diabolischer Rummel um den nun angeblich "friedlich gewordenen" westdeutschen Imperialismus veranstaltet. Was vor einigen Jahren noch ganz undenkbar schien, wird traurige Wirklichkeit: ausgerechnet die sowjetischen Führer, als Führer einer sozialimperialistischen Macht, die mit der früheren Sowjetunion nichts mehr gemein hat, leisten den letzten und entscheidenden Beitrag, um den deutschen Imperialismus wieder international hoffähig zu machen.

Willy Brandt, der sich rühmen läßt, "schon immer ein offenes Ohr für die sozial Schwachen und für die rebellierende Jugend gehabt" zu haben, hat als Führer der westdeutschen Sozialdemokratie auch unvergleichlich mehr Möglichkeiten als Kiesinger, für die "Ruhe im Inneren" zu sorgen - nicht nur mit dem Zuckerbrot sozialer Demagogie, sondern zunehmend auch mit der Peitsche eines ungeheuer aufgeblähten staatlichen Unterdrückungsapparates. Unter Brandts Regierung wurden die Budgetaufwendungen für "Innere Sicherheit" auf die Rekordhöhe von 785 Millionen DM gesteigert!

Der Friedensnobelpreisträger Brandt eignet sich schließlich auch besser dazu, die militärische Aufrüstung der BRD verstärkt voranzutreiben, um eines Tages wieder zum imperialistischen Raubkrieg greifen zu können, wenn die "friedliche" Expansion nicht mehr genug bringt. Unter der Brandt-Regierung wurden die Ausgaben für die Bundeswehr bis auf 30 Milliarden DM, ein Viertel des ganzen Staatshaushalts, aufgebläht.

Keine CDU/CSU-Regierung hätte je vermocht, eine derartige Militarisierung nach innen und außen so

relativ glatt durchzuführen und sich dabei noch aller Welt als höchst "demokratisch" und "sozial", als bis zur Selbstverleugnung "friedfertig" und "versöhnungsbereit" vorzustellen.

### DIE "NEUE OSTPOLITIK" IST

KEINE FRIEDENSPOLITIK, SONDERN DIENT

DER KRIEGSVORBEREITUNG !

Der Breshnew-Besuch in Bonn bildet den bisherigen Höhepunkt der sogenannten "Entspannungspolitik" der Brandt-Regierung. Die Sowjetpresse und die westdeutschen Revisionisten der DKP haben ihn prompt zum Anlaß genommen, das "Ende des Kalten Kriegs" und den nunmehr "realistisch" und "vernünftig" gewordenen westdeutschen Imperialismus zu bejubeln. Sie versuchen, vergessen zu machen, was niemals vergessen werden darf: daß die BRD-Regierung die realen Grenzen nach dem 2. Weltkrieg auch jetzt nicht wirklich anerkennt, daß es bis heute keinen Friedensvertrag gibt, daß die Bestrebungen zur "Wiedervereinigung" Deutschlands - sprich: Einverleibung der DDR - nach wie vor ausdrücklich in der Verfassung der BRD verankert sind! Der westdeutsche Verfassungsgerichtshof hatte kürzlich sogar die Frechheit, in einem Urteil offen seine "Rechtsauffassung" zu unterstreichen, daß die Ostverträge weder dem Grundgesetz mit seinen "Wiedervereinigungs"-Vorstellungen noch den revanchistischen Gelüsten des westdeutschen Imperialismus auf die verlorenen Ostgebiete in den Grenzen von 1937 widersprechen. Die SPD/FDP-Regierung unterstützt demgemäß auch weiter eifrig die revanchistischen Vertriebenen-Verbände mit jährlich 20 Millionen DM. Man kann nicht annehmen, daß sie von diesen für Volkstänze ausgegeben werden.

Mit dem großen Betrugsmanöver der "Annäherung" und "Entspannung" treten die sowjetisch-revisionistischen Führer ihrerseits die Interessen des Sowjetvolkes, die Interessen aller Völker der Antifaschistischen Koalition, aber auch die Interessen des ganzen deutschen Volkes an einem Friedensvertrag mit Füßen. Sie zwingen darüber hinaus die Länder ihres Herrschaftsbereiches faktisch, auf Wiedergutmachungsleistungen für die faschistischen Zerstörungen weitgehend zu verzichten.

Die "neue Ostpolitik" bereitet die revanchistischen Pläne des westdeutschen Imperialismus nicht nur politisch und ideologisch vor, sie dient auch unmittelbar der ökonomischen Stärkung des westdeutschen Imperialismus. Um welche Milliarden-geschäfte es dabei geht, zeigt das Beispiel der Deutschen Bank, welche den Sowjetrevisionisten einen 2,4-Milliarden-DM-Kredit gewährte, und von Mannesmann und Salzgitter, die ihnen eine Anleihe von 3,35 Milliarden DM gaben. Das sind die größten Kredite, die in Europa bisher vergeben wurden und sie verschaffen der BRD die Position des größten europäischen Gläubigers der Sowjetunion. Außerdem standen bei den Verhandlungen Breshnews mit den Bonner Spitzenführern auch die Perspektiven direkter westdeutscher Kapitalinvestitionen in der Sowjetunion auf der Tagesordnung. So verkauft die revisionistische Breshnew-Clique die vom sowjetischen Volk mit Blut und Schweiß erkämpften Rechte und Reichtümer eben an jene, die dem Sowjetvolk 20 Millionen

Tote gebracht haben, an die Abs' und Krupps und ihre Handlanger!

Die "Ostverträge" dienen keinesfalls der Entspannung in Europa, sie verschärfen vielmehr die Widersprüche der kapitalistischen Staaten Europas untereinander, ihre Widersprüche zu den größten imperialistischen Weltmächten sowie deren gegenseitige Widersprüche. Auch das Bestreben der beiden imperialistischen Supermächte, in Europa eine zeitweilige relative "Befriedung" zu erreichen, um die Hände für die Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika und für die Vorbereitung eines Krieges gegen die Volksrepublik China freizubekommen, ist letzten Endes auch für die Völker Europas katastrophal. Erst recht katastrophal ist eine Politik, die auf die Stärkung der größten und traditionell aggressivsten imperialistischen Macht in Europa selbst hinausläuft!

Natürlich haben sowohl die westdeutschen Imperialisten als auch die sowjetischen Sozialimperialisten ein außerordentliches Interesse daran, diese Tatsachen vor den Völkern zu vertuschen und diesen den Anbruch eines neuen "friedlichen Zeitalters" weiszumachen, um bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer aggressiven Pläne möglichst ungestört zu bleiben. So erklärt sich auch die weitgehende Übereinstimmung von Friedensdemagogie und imperialistischem "Pazifismus" der SPD-Führer einerseits und der DKP-Revisionisten andererseits, die trotz ihrer Widersprüche eine koordinierte Rolle im Dienste der Bourgeoisie spielen und sich zu einer gemeinsamen, gegen die Grundinteressen der Arbeiterbewegung gerichteten Strömung verschmolzen haben. (Weniger verständlich ist freilich, daß es sogar manche Leute gibt, die sich in Worten auf den Marxismus-Leninismus berufen und dennoch im Grunde auf die Friedensdemagogie der Brandt und Breshnew hereinfallen, indem sie behaupten, man dürfe die Ostverträge nicht als Kriegsverträge bezeichnen. Offenbar sehen diese Zeitgenossen nicht über ihre eigene Nasenspitze hinaus oder sind sie gar der chauvinistischen Meinung, daß die westdeutschen Arbeiter nicht aufzuregen brauche, was sich zunächst vor allem gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen anderer Länder richtet.

Die Marxisten-Leninisten müssen der Arbeiterklasse, dem deutschen Volk und den Völkern Europas die Augen öffnen über den revanchistischen, aggressiven und letzten Endes kriegerischen Kurs der Brandt-Regierung, sie müssen die Absicht der Sozialdemokratie und der modernen Revisionisten, die Massen in Sicherheit zu wiegen und einzulullen, durchkreuzen, und dürfen nicht die geringsten Konzessionen an irgendwelche Illusionen machen.

- ◆ Dabei dürfen sie auch nicht vergessen, daß eine
- ◆ starke Waffe für die revisionistische Politik
- ◆ ihre Ideologie ist. Sie dürfen nicht außer
- ◆ acht lassen, daß - auch wenn sie schon einen or-
- ◆ ganisatorischen Trennungsstrich gegenüber
- ◆ den Revisionisten gezogen haben - die Ideolo-
- ◆ gie des modernen Revisionismus die
- ◆ HAUPTGEFAHR innerhalb der kommunistischen
- ◆ Bewegung BLEIBT!

Die modernen Revisionisten, die auf deutschem Boden über einen Staatsapparat verfügen, setzen alle ihre Ideologen, Professoren, Theoretiker dafür ein, die

**PURCHASE OF A NEW CAR**

**Erich Kästner**

- Die Marxisten-Leninisten müssen den westdeutschen Imperialisten die "friedliche", "europäische" Maske herunterreißen und dahinter die Fratze der krieglerischen Revanchisten und ag-

## Erklärung des ZK der MLPÖ

### SCHLUSS MIT DER UNTERDRÜCKUNG DER REVOLUTIONÄREN UND ANTIIMPERIALISTISCHEN BEWEGUNG IN DER BRD !

Das Zentralkomitee der MLPÖ erhebt gegen die verschärften, mehr und mehr faschistischen Charakter annehmenden Repressalien, Verfolgungen und Verhaftungen, Verbote und Unterdrückungsversuche gegen die revolutionäre und antiimperialistische Bewegung und insbesondere gegen die marxistisch-leninistischen Organisationen in der BRD durch die Brandt-Regierung

#### energischen Protest

und drückt seine feste proletarische Solidarität mit allen Opfern dieser reaktionären Polizeistaatsmethoden aus.

Unsere Solidarität gilt im besonderen jenen mehr als hundert revolutionären Genossen, die derzeit unter fadenscheinigen Beschuldigungen in den Gefängnissen der Brandt-Regierung festgehalten werden; jenen Genossen, gegen die man niederträchtige Racheprozesse führt, um an ihnen ein Exempel zu statuieren und damit die Massen einzuschüchtern; den revolutionären Aktivisten, die man mit horrenden Geldstrafen zu ruinieren oder aus dem Land zu treiben sucht; den tapferen Arbeitern deutscher, türkischer und anderer Nationalität, die man wegen ihrer Teilnahme an Streiks und anderen berechtigten proletarischen Kampfaktionen um ihren Arbeitsplatz bringen will, maßregelt und verfolgt.

Die westdeutsche Arbeiterklasse und die

westdeutschen Revolutionäre, ebenso wie ihre Klassenbrüder aus anderen Ländern, werden sich - dessen sind wir sicher - durch diese Unterdrückungsmaßnahmen des imperialistischen Staates nicht davon abhalten lassen, für ihre Tagesforderungen und Zukunftsinteressen zu kämpfen. Sie werden daraus lernen, ihren Kampf noch energischer und wirksamer zu gestalten und sich noch besser auf die sich zuspitzenden Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind vorzubereiten. Sie werden lernen, den Kampf um ihre prinzipienfeste revolutionäre Einheit, die eine gebietende Notwendigkeit ist, noch besser zu führen.

Der mutige Kampf unserer westdeutschen Klassenbrüder und Genossen ist für uns österreichische Marxisten-Leninisten, für alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, eine reiche Quelle revolutionärer Beispiele und Erfahrungen. Er hilft, inspiriert und ermutigt uns in unserem eigenen Kampf.

Schluß mit der Unterdrückung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegung in der BRD!

Vorwärts im Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, für den Sieg der Sache der nationalen und sozialen Befreiung der Völker!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

- gressiven Chauvinisten aufdecken. Die westdeutschen Marxisten-Leninisten müssen besonders
- den sich zwangsläufig entwickelnden Kampf der kleineren europäischen Völker um nationale Unabhängigkeit, die vom westdeutschen Imperialismus
- immer mehr kolonialisiert werden, wie zum Beispiel des österreichischen Volkes, als wertvollen Beitrag für die eigene Revolution propagieren und mit allen Kräften unterstützen.

#### DIE "HILFE" DER WESTDEUTSCHEN

#### NEOKOLONIALISTEN FÜR AFRIKA

Anlässlich des vor kurzem erfolgten Besuches einer Delegation der Befreiungsfront von Mocambique, FRELIMO, in der BRD, machten die westdeutschen Imperialisten und ihre SPD/FDP-Regierung besonde-

re Anstrengungen, ihr Image aufzupolieren. "Entwicklungshilfe"-Minister Eppler setzte seine tollste antiimperialistische Maske auf und "verurteilte" den Kolonialismus der Portugiesen in Afrika. Aber das "antiimperialistische" Mäntelchen, das sich die Brandt-Regierung umhängen will, ist doch etwas sehr kurz und durchsichtig. Im selben Interview, in dem er Portugal "verurteilte", erklärte Eppler, worum es ihm in Wahrheit geht:

"Je weniger sich der Westen um die Rebellen kümmert, um so größer ist die Chance, daß die Befreiungsbewegung kommunistisch wird."

Die SPD/FDP-Regierung betrachtet es also als ihre Aufgabe, die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika davor zu "bewahren", mit der sozialen Befreiungsbewegung zu verschmelzen, deutlicher gesagt, sie vor ihrem durchgreifenden Erfolg zu "bewahren",

was zugleich auch bedeuten würde, alle Möglichkeiten neokolonialistischer Infiltration, besonders auch durch die westdeutschen Imperialisten, offenzuhalten.

Die westdeutschen Imperialisten hatten es übrigens nötig, gerade in diesem Fall besondere Anstrengungen zu machen, um die Blutspuren ihrer imperialistischen Politik zu verwischen, hatten doch einige afrikanische Staaten vor der Weltöffentlichkeit enthüllt, daß die BRD an Portugal Waffen liefert, die eben zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika dienen!

Das westdeutsche Monopolkapital beteiligt sich auch am Bau des Staudammes Cabora Bassa, der Strom für die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe und Bodenschätze liefern soll. Die BRD umgeht auch das weltweite Embargo gegen das rassistische Rhodesien durch Lieferungen an die Republik Südafrika, von wo sie nach Rhodesien weitergeleitet werden.

Afrika ist ein traditionelles Tätigkeitsgebiet des deutschen Militarismus. Gerade in den letzten Jahren, vor allem nach der Gründung der "Eurafrika", welche die EWG mit Afrika verbinden soll, dehnte der BRD-Imperialismus seine Einmischung und seine Beteiligung an der Ausplünderung Afrikas aus, dessen riesige Rohstoffreserven seinen Appetit mächtig reizen. Besonders die wirtschaftliche, aber auch die militärische Zusammenarbeit mit der von weißen Rassen beherrschten Republik Südafrika, die im Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Schwarzafrikas eine tonangebende Rolle spielt, hat zugenommen. Im April 1968 begannen die Klöckner-Werke in Afrika mit dem Aufbau der materiellen Voraussetzungen, um Kernwaffen herstellen zu können,



BONN 1973 : MASSENVERHAFTUNGEN VON DEMONSTRANTEN



DORTMUND 1973 : BERETT ZUM KAMPF GEGEN DAS EIGENE VOLK

nen, während eine Reihe anderer Firmen der BRD, vor allem die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und die Degussa langfristige Verträge über die Lieferung von Uran mit Südafrika abgeschlossen haben.

Auch wenn die Brandt-Regierung sich "antiimperialistisch" aufspielt, so ist doch Neokolonialismus ihre Devise. Diese Politik versucht sie durchzusetzen mit Zuckerbrot und Peitsche - mit demagogischen Gesten gegenüber der Frelimo und mit sehr realen Waffen für Portugal. (Die Vertreter von Frelimo haben das heuchlerische "Hilfs"-Angebot der Bundesregierung übrigens abgelehnt. Der Vizepräsident der Frelimo, dos Santos, erklärte:

"Sie wollen Portugal militärische Hilfe und zugleich uns Medikamente liefern, damit wir unsere Wunden behandeln können." (Reuter, 30. 8. 1973)

- ◆ Die Marxisten-Leninisten müssen die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker Asiens, Afrikas
- ◆ Lateinamerikas und der europäischen Randländer
- ◆ sowie der kleinen europäischen Nationen als wertvollen Beitrag für die eigene Revolution propagieren! Das ist eine Kernfrage des
- ◆ proletarischen Internationalismus. In diesem Sinne hat Mao Tse-tung, als sich die
- ◆ vietnamesischen Genossen für die erwiesene Hilfe bedanken wollten, erklärt, daß sich in erster Linie
- ◆ das chinesische Volk beim vietnamesischen Volk
- ◆ für dessen großen Beitrag zur Weltrevolution und
- ◆ damit auch zur Revolution in China bedanken muß.

Proletarischer Internationalismus - das bedeutet nicht einfach karitative Geldsammlungen für den Bau irgendwelcher Krankenhäuser, wie das die Revisionisten meinen. Der entscheidende Beitrag zur Unterstützung der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen in den anderen Ländern besteht für Marxisten-Leninisten darin, konsequent den Klassenkampf im eigenen Land zu führen - getreu den Worten Lenins, daß der proletarische Internationalismus darin besteht, "das Höchstmaß dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung und Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist", zu leisten.

- ◆ Kommunisten eines großen, erst recht eines imperialistischen Landes wie der BRD, dürfen aber niemals ihre Unterstützung für den Kampf der unter-



- drückten Völker in den Vordergrund stellen, welche
- Formen und welches Ausmaß diese Unterstützung
- auch haben mag. Jeder Anspruch, den Kampf in
- anderen Ländern "führen" zu wollen, indem man
- auf eigene Erfolge oder die eigene Stärke verweist,
- wäre, was die BRD betrifft, nur eine Widerspie-
- gelung hegemonistischer Ansprüche.
- Die Marxisten-Leninisten der BRD müssen ins-
- besondere den Kampf jener Völker, die vom
- westdeutschen Imperialismus bedroht, aus-
- gebeutet und unterdrückt werden, unterstützen und
- in der deutschen Arbeiterklasse und im deutschen
- Volk als große Hilfe für den eigenen
- Kampf propagieren. Sie müssen jede Form von
- Nationalismus und Chauvinismus entschieden be-
- kämpfen. Das ist eine entscheidende Vorbedingung,
- um die westdeutsche Arbeiterklasse zur Revolution
- führen zu können.

Schaut man hinter die Maske des "friedlichen", "europäischen", ja gar "antiimperialistischen" westdeutschen Imperialismus, dann kommt immer wieder die selbe Fratze hervor, die des besonders aggressiven Imperialismus, Revanchismus und Militarismus. Die Aktivität nach Osten, nach Westeuropa, in die afro-asiatischen und lateinamerikanischen Gebiete sowie die Aktivität nach innen zur verschärften Ausbeutung und Unterdrückung des eigenen Volkes muß man als intensive Vorbereitung der aggressiven Pläne des westdeutschen Imperialismus, als Sammlung seiner Kräfte für seine vorrangigen Ziele erkennen:

- "...Atomwaffen zu erhalten, sich die DDR einzu-
- verleiben, die alten Grenzen des hitlerischen
- Dritten Reiches wiederherzustellen, und sich auf
- einen neuen Revanchekrieg vorzubereiten, womit
- er den Frieden und die Sicherheit der Völker in
- Europa und auf der ganzen Welt sehr ernst-
- haft bedroht." (Enver Hodscha, Bericht
- auf dem 5. Parteitag der PdAA)

#### DER KAMPF DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES HAT DEN MYTHOS DER KLASSENHAR- MONIE UND DES SOZIALEN FRIEDENS IN WEST- DEUTSCHLAND ZERSCHLAGEN!

Der westdeutschen Bourgeoisie entstehen durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Widersprüche innerhalb und außerhalb des Landes, durch die Veränderung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, durch die Finanz- und Währungskrise usw., aber auch als Folge ihrer weitreichenden Ambitionen gewisse Schwierigkeiten. Sie versucht, deren Lasten auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen und ihre Profite mittels der bekannten Methoden der Teuerung, der Arbeitshetze und der verschärften Ausbeutung noch zu erhöhen. Die Preissteigerungen überflügeln die Lohnerhöhungen immer mehr, das heißt Reallohn-Abbau. Auf Grund der zunehmenden Verschlechterung der realen Lage der Arbeiterklasse und des Volkes beginnen sich große Klassenschlachten zwischen den Werktätigen und dem Kapital zu entwickeln.

Doch die westdeutschen Imperialisten brauchen auch für ihre hochtrabenden Pläne nach außen "Ruhe

an der Heimatfront". Die Brandt-Regierung kämpft daher mit zweierlei Methoden gegen die Arbeiterklasse und das Volk: mit sozialer Demagogie und mit der Fasisierung, wobei ersteres noch im Vordergrund steht, ohne daß letzteres vernachlässigt wird.

Ein umfangreiches Reformprogramm wie z. Bsp. ein neues Vermögens-, Bildungs- und Rentenanpassungs-Gesetz, soll das arbeitende Volk über die Verschlechterung seiner realen Lage hinwegtrösten. Die Aufwertung der D-Mark wird als Kaufkraftsteigerung im Ausland angepriesen, obwohl viele sich keinen Auslandsurlaub mehr leisten können. Als direkte Antwort auf die zunehmenden Kämpfe der Werktätigen wurden ein sogenanntes "Mieterschutzgesetz" und das reaktionäre "Betriebsverfassungsgesetz" erlassen.

Gleichzeitig treibt die SPD/FDP-Regierung die Fasisierung des Staatsapparats voran und verstärkt die Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg. Kennzeichnend dafür ist, daß die Ausgaben für "Inne-



POLIZISTEN IN ZIVIL BEI EINER PRÜGEL-ATTACKE

re Sicherheit" allein 1970 um 250 Millionen DM erhöht wurden, das heißt um das Hundertfache dessen, was die Steigerung in den Jahren 1966-69 ausmachte.

- Die Jagd auf wirkliche oder angebliche Mitglieder der RAF ("Rote-Armee-Fraktion") mit -zigtausenden von Polizisten,
  - die Ermordung von T. Weissbecker, Petra Schelm, G.v. Rauch durch die Polizei,
  - die wilde Pogromhetze gegen alle Araber anlässlich der Aktion des "Schwarzen September" bei der Olympiade in München,
  - die Umstände der gewaltsamen Abschaffung von Palästinensern, die im Flugzeug mit Gestapo-Methoden gefoltert wurden,
  - das Verbot der Palästinenser-Organisationen GUPS/GUPA -
- das und vieles anderes haben einen Vorgeschmack gegeben, womit die kämpfende Arbeiterklasse und

POLIZEI-EINSATZ

VOR DEN

HELLAWERKEN

IN LIPPSTADT



die Marxisten-Leninisten rechnen müssen.

Der politische Kampf der Marxisten-Leninisten der BRD hat neue Formen angenommen: die Bannmeilendurchbrechung beim Antikriegstag anlässlich der Olympiade in München, die Rathausbesetzung in Bonn beim Besuch des Faschisten Thieu, die illegale Demonstration in Dortmund beim Besuch des Sozialimperialisten Breshnew trotz 30.000 Mann Polizeiaufgebot, unter der Parole: "Nieder mit Breshnew - Es lebe die Sowjetunion Lenins und Stalins!"

Als eine Art Gastgeschenk für Breshnew ließ die Brandt-Regierung Büros von marxistisch-leninistischen und antiimperialistischen Organisationen durchsuchen, deren führende Mitglieder in Vorbeugunghaft nehmen, Autobahnkontrollen gegen anfahrende potentielle Demonstranten durchführen und zahlreiche Menschen einfach von der Straße weg verhaften, wenn sie "verdächtig" aussahen. Insgesamt wurden in Dortmund von 5.000 Demonstranten rund 700 verhaftet! (Die DKP-Revisionisten führten unterdessen unter dem Schutz der Polizei in Bonn ihre Jubeldemonstration für Breshnew durch.)

Der Justizterror in der BRD hat schon große Ausmaße angenommen: Mehr als 100 junge Revolutionäre sitzen bereits in den Gefängnissen - indem man sie endlos lange auf ihren "Prozeß" warten läßt, dehnt man ihre Haft willkürlich aus. (Doch in einer Front mit SPD und DKP, die das Schimpfwort von den angeblichen "Chaoten" erfunden haben, hetzen einige Opportunisten, die sich als "Marxisten-Leninisten" zu bezeichnen wagen, aber nur eine Nachgeburt des Revisionismus darstellen, gegen die Revolutionäre, beschimpfen sie als "Kriminelle", "Linkssektierer" und "Zerstörungswütige".)

Die Brandt-Regierung kann die Fratze der Faschisierung nicht mehr verbergen, weil das Märchen von der "Wohlstandsgesellschaft" immer weniger zieht.

In den Städten stehen Mieterstreiks und Hausbesetzungen auf der Tagesordnung, ebenso wie Kämpfe gegen Tarifierhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln usw. Die Landarbeiter, Klein- und Mittelbauern kämpfen immer entschlossener gegen ihre Ruinierung durch die EWG-Politik. Bei Nordhorn-Ränge kämpfte die Bevölkerung gegen die unerträgliche Lärmbelästigung vom nahegelegenen Bombenabwurfplatz der NATO. Die empörten Massen wehrten sich mit Molotow-Cocktails gegen die angreifen-

den Polizeihorden, fällten Bäume, um Straßensperren zu errichten und verbrannten ein Militärfahrzeug.

Seit Anfang des heurigen Jahres reißen die spontanen, "wilden" Streiks, die heute im Ruhrgebiet ihr Zentrum haben, nicht mehr ab. Täglich sind es neue Betriebe, die erfaßt werden. Zehntausende streikten bei Opel/Bochum und Ford/Köln für eine Teuerungszulage. Die Gewerkschaftsbözen, Kapitalisten und Kanzler Brandt reagierten mit äußerster Nervosität. Die Bourgeoisie zitterte vor einem "Flächenbrand", wie es die Hamburger "Welt" ausdrückte. Um den "Arbeitsfrieden" wiederherzustellen, entfaltete sie einen wilden Polizeiterror gegen die streikenden Arbeiter:

So versuchte ein Polizist bei der Pierburg AG/Neuss, einen Arbeiter zu verhaften, indem er ihm die entscherte Pistole ansetzte. Arbeiterinnen, die sich dazwischen stellten, verhinderten die Festnahme.

Bei Ford/Köln wurden unter Knüppel-Einsatz der Polizei und mit Hilfe des "vorbildlichen Einsatzes von Betriebsratsmitgliedern" (so die Werksleitung) 26 Streikposten verhaftet. 60 streikende Arbeiter wurden verletzt. Vorläufig 35 Arbeiter, vorwiegend deutsche, will man wegen ihrer Teilnahme am Streikkampf entlassen.

In bekannter Goebbels-Manier eröffneten sogleich die Massenmedien eine üble rassistische Lügenkampagne mit dem Ziel, zwischen die ausländischen und deutschen Arbeiter einen Keil zu treiben. Typisch dafür waren Schlagzeilen wie "Türkenterror bei Ford!" und "Deutsche Arbeiter (!) kämpften ihre (!) Fabrik frei" ("Bild"-Zeitung vom 31.8.73).

Vor allem der Streikkampf bei Ford/Köln zeigte neuerlich, wie unerläßlich es ist, eine einheitliche Kampffront zwischen ausländischen und deutschen Arbeitern herzustellen.

Gerade in den Kämpfen der Arbeiterklasse hat sich der sozialdemokratische Wohlstandsmythos zerschlagen. Die Arbeiter streikten gegen die sozialdemokratischen und revisionistischen Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, die den "sozialen Frieden" im Lande um jeden Preis erhalten und an der Ausbeutung der anderen Völker mitschmarotzen wollten.



Welchen Stand haben die Klassenkämpfe in der BRD nun erreicht?

Natürlich wäre es lächerlich zu glauben, daß sich das Sturmzentrum der Weltrevolution heute aus den



Gebieten des afro-asiatischen und lateinamerikanischen Raumes in die BRD verschoben habe oder das demnächst tun werde. Die Marxisten-Leninisten müssen ihren Beitrag zur Revolution realistisch sehen und gegen alle Widerspiegelungen der Thesen der modernen Revisionisten in ihren Reihen kämpfen, die - im Grunde sozialchauvinistisch - behaupten, daß Westeuropa der entscheidende Faktor der Weltrevolution sei. Der dominierende Faktor der Verschärfung der allgemeinen Krise des Imperialismus ist nach wie vor der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen. Der bewaffnete Aufstand steht in der BRD heute weder auf der Tagesordnung, noch unmittelbar vor der Türe. Die marxistisch-leninistische Bewegung verfügt noch immer nicht über eine breite Massenbasis in der Arbeiterschaft, ist organisatorisch noch zersplittert und ungefestigt, ideologisch oft noch unklar und schwach. Eine revolutionäre Situation ist in der BRD noch nicht gegeben und wird auch nicht über Nacht entstehen. Die Marxisten-Leninisten müssen sich auf einen mühsamen, langwierigen Kampf einrichten.

Vergleichen wir unseren Kampf in Westdeutschland heute mit dem Kampf der italienischen, französischen, spanischen, englischen und belgischen Arbeiter, die ihren Heldenmut zu wiederholten Malen eindrucksvoll bewiesen haben (z. Bsp. der 1. Mai 1973

in Spanien, die Massenkämpfe gegen den Faschismus in Italien, usw.) und von denen Genosse Enver Hod-scha sagt, daß sie "glänzende Schlachten" geliefert haben, so müssen wir bescheiden feststellen, daß der Kampf der Arbeiter der BRD vorläufig weder was die Zahl der Beteiligten, noch was seine Heftigkeit betrifft, den Stand jener Klassenkämpfe erreicht.

Sehen wir uns aber die Entwicklung innerhalb der westdeutschen Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg an, dann muß betont werden, daß es sich um einen großen Aufschwung der Klassenkämpfe handelt, der alles defaitistische Gerede derjenigen Lügen straft, die den Glauben an die Kampffähigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse verloren haben.

Eine fundamentale Rolle spielt in diesen Kämpfen, wie Genosse Enver Hod-scha auf dem 6. Parteitag der PdAA feststellte, die "zunehmende Loslösung (der Werktätigen) aus dem Einfluß des sozialdemokratischen und revisionistischen Opportunismus". (S.12)

Dies ist ein außerordentlich bedeutsamer Prozeß, der für die Arbeit der Marxisten-Leninisten besondere Möglichkeiten, aber auch große Verpflichtungen mit sich bringt und ihre Aufgabe noch gebieterischer macht, "das sozialistische Bewußt-

## STARKE AUSWIRKUNGEN DER WESTDEUTSCHEN STREIKS AUF LOHNERHÖHUNGEN IN ÖSTERREICH

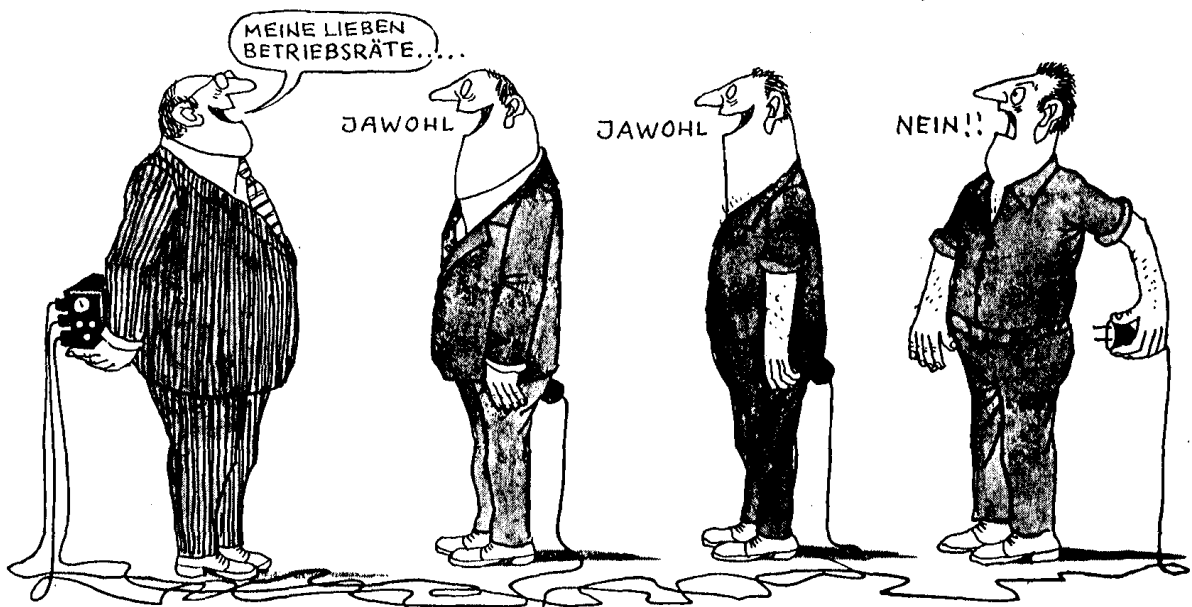
Wie sehr in der heutigen Zeit jeder Kampf, ja sogar jede einzelne Kampffraktion der Arbeiter eines Landes eine direkte Hilfe für die Arbeiter aller anderen Länder ist, beweist die in Österreich geführte Diskussion über die Auswirkungen insbesondere der Streiks bei Opel-Bochum und Ford-Köln auf unser Land. Das österreichische Magazin "Profil" berichtet dazu in seiner Ausgabe vom 28. September 1973:

"Der Syndikus der Bundessektion Industrie, Dr. Hubert Hofeneder, nennt ein Argument, das Österreichs prominentesten Metallarbeiter bei den Lohnverhandlungen (in der Metallindustrie, die

mit 12,5 % Ist-Lohn-Erhöhung und 17,5 % Kollektivvertrags-Lohn-erhöhung endeten, Anmkg.d.RF) unter Erfolgs- und Konzessionszwang setzen konnte: 'Auch ein Benya muß die Explosionen in der Bundesrepublik beobachten.' Eine schnelle und kräftige Lohnspritze sollte seine Metaller gegen den deutschen Wilde-Streik-Bazillus immun machen. Sepp Wille (der Zentralsekretär der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft, Anmkg.d.RF): 'Wir treten alle 12 bis 15 Monate mit Lohnforderungen an, dafür halten die Betriebsräte die Betriebe ruhig.' ...

Der Betriebsrat der Traiskirchner Semperitwerke, der sogar auf einer 20-prozentigen Ist-Lohn-Erhöhung beharrt, kündigt nun Aktionen an, die zeigen, daß Benyas deutsches Trauma berechtigt ist; am 3. Oktober soll die Belegschaft in geheimer Abstimmung über einen wilden Streik entscheiden."

Brüderlichen Dank, westdeutsche Kollegen, für diese internationalistische Hilfe!



sein von außen in die Arbeiterklasse hineinzutragen", den wissenschaftlichen Sozialismus mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden.

Die Massenbewegung stellt die Marxisten-Leninisten vor große Aufgaben, die sie - ohne alle Überheblichkeit und ohne sich oder anderen in die Tasche zu lügen - lösen müssen.

"Aber die ganze Frage ist hier, wie die 'Bestimmung der Aufgaben' durch diese Massenbewegung aufzufassen ist. Sie kann in zweifacher Weise aufgefaßt werden: entweder im Sinne der Anbetung der Spontaneität dieser Bewegung, das heißt der Reduzierung der Rolle der Sozialdemokratie\* auf die einer einfachen Dienerin der Arbeiterbewegung als solcher ... oder aber in dem Sinne, daß die Massenbewegung uns vor neue theoretische, politische und organisatorische Aufgaben stellt, die viel komplizierter sind als diejenigen, mit denen man sich in der Periode vor der Entstehung der Massenbewegung begnügen konnte." (Lenin, Werke Bd. 5, Seite 401)

Die besonderen Aufgaben der Marxisten-Leninisten

\* Lenin gebraucht den Begriff "Sozialdemokratie" hier im Sinne von "Vorhutsorganisation" des Proletariats, was im Jahre 1902, als Lenin "Was tun?" schrieb, natürlich korrekt war. (Anmkg. d. Red.)

in Westdeutschland ergeben sich aus den Schwächen ihrer Bewegung. Die Hauptschwäche faßt Genosse Enver Hodscha sehr treffend in die Worte:

"Während es aber eine mächtige Erhebung der Massen und der Völkern zum Kampf und zur Revolution gibt, besteht die Schwäche der revolutionären Bewegung in vielen Ländern und Gebieten eben in dem Mangel einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, welche den Massen revolutionäre Perspektiven eröffnen und sie auf den richtigen Weg zur Erreichung ihrer Ziele orientieren." (Bericht am 6. Parteitag der PdAA, S. 226)

"Aber wenn die politische Partei mit einem klaren Programm, mit einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik fehlt, dann bleibt der Kampf entweder auf halbem Wege stehen oder er scheitert." (Ebenda, Seite 241).

Trotz der beiden großen historischen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung, dem Hitlerfaschismus und dem Verrat durch die modernen Revisionisten in der DDR sowie der Entartung der KPD, werden die revolutionären Traditionen von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann das Siegesbanner der deutschen Arbeiterklasse sein.